

Davos: Arbeitslosigkeit und Ungleichheit wachsen weltweit

Die Teilnehmenden des diesjährigen Weltwirtschaftsforums in Davos erwarten eine leichte Erholung der Weltwirtschaft. Die Talsohle scheint erreicht. Die Weltkonjunktur nimmt 2014 laut Internationalem Währungsfonds (IWF) mit 3,7 % gegenüber 3 % (2012) Fahrt auf. Getragen wird das globale Wachstum vor allem von guten Konjunkturaussichten in den USA. Die US-Wirtschaft soll 2014 um 2,9 % wachsen. Obama setzte in seiner Rede zur Lage der Nation auf die Verstärkung der Wachstumskräfte. In einem „year of action“ will er den Mindestlohn von 7,25 auf 10,10 US-Dollar erhöhen, mehr öffentliche Investitionen tätigen und den Klimawandel bekämpfen. Gut für die USA, gut für die Weltwirtschaft.

Die meisten Schwellenländer gewinnen allmählich an wirtschaftlicher Stabilität, auch wenn die Türkei und Argentinien mit der Stabilisierung des Außenwertes ihrer Währungen zu kämpfen haben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) läge in China mit 7,5 %, Brasilien mit 2,3 % und Japan mit 1,7 % knapp auf Vorjahresniveau. Im Euroraum klingt die Rezession allmählich ab, da Krisenländer wirtschaftlich nicht mehr schrumpfen. Verbesserte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und die anziehende Investitionsneigung, auch in Deutschland, begünstigen die Wachstumskräfte. Das BIP wird laut IWF 2014 im Euroraum um 1 % und in Deutschland sogar um 1,6 % zunehmen.

Dennoch können einige Risiken die bereits erreichte Stabilität gefährden. In Davos wurden wachsende Ungleichheit, drohende Armut und hohe Arbeitslosigkeit als ernste Risiken thematisiert. Diese seien die größte Gefahr für die Weltwirtschaft insgesamt und innerhalb einzelner Länder. Besorgnis erregten die sozialen Folgen der Krise der Eurozone. Doch hier ist die Krise hausgemacht. Sie ist die Folge einer einseitigen Politik der

Lohn-, Renten-, Sozial- sowie Ausgabenkürzungen, die zum Rückgang der Wirtschaftsleistung einiger Krisenländer geführt hat. Während das deutsche BIP dank guter Lohnentwicklung und stabiler Nachfrage aus Übersee 2013 mit 2.738 Mrd. Euro nominal um 10,7 % höher liegt als 2008, haben Italien und Spanien das Niveau der Vorkrisenzeit noch lange nicht erreicht. Am schlimmsten ist die Lage in Griechenland. Das Land ist um 21,6 % gegenüber 2008 geschrumpft. Die gesplittene ökonomische Lage zeigt sich an der dramatischen Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2008. Während Deutschland die Arbeitslosigkeit um 9,7 % abbauen konnte, stieg sie in Italien seit 2008 um 84 %, in Spanien um 133 % und in Griechenland um 262 % gegenüber der Vorkrisenzeit (siehe Grafik).

Die politisch verursachte Rezession und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit sind die Ursache für wachsende Armut in den Krisenländern. Das muss sich ändern. Auch Europa braucht jetzt ein „year of action“. Eine Investitionsoffensive und die Beendigung der unsozialen Sparpolitik schaffen Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze, höhere Löhne und eine bessere Zukunft. So kann das Gespenst der Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in Europa vertrieben werden. Es wäre zugleich ein aktiver Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit weltweit.

